AHV: Trotz politischem Nebel ist die Lage klar

Wahr ist, dass die Kasse sich ab 2005 gefährlich leert. Und wahr ist auch, dass kein Grund zur Panik besteht

VON UELI WALTHER

BERN – In der AHV-Debatte spielt niemand mit offenen Karten – auch Ruth Dreifuss nicht. Es ist also Zeit, die Fakten auf den Tisch zu legen. Richtig ist: Das AHV-Kässeli leert sich wegen der Überalterung in der Schweiz ab 2005 gefährlich. Richtig ist aber auch: Grund zu Panik besteht nicht.

In der AHV-Kasse droht ein «Milliardenloch» hiess es nach der Sitzung der ständerätlichen AHV-Kommission Mitte letzter Woche. Die bürgerlichen Bundesratsparteien markierten die Überraschten und forderten Bundesrätin Ruth Dreifuss energisch auf, jetzt endlich die Karten zur AHV-Zukunft auf den Tisch zu legen, um das «drohende Desaster» abzuwenden.

Sie warfen der Bundesrätin vor, der Bevölkerung in ihrem offenen Brief zur AHV Sand in die Augen gestreut zu haben: Mitte Mai hatte die Sozialministerin verlauten lassen, die AHV stehe auf einem «soliden Fundament» und sei vorläufig «nicht in Gefahr».

Ebenso vehement sind die Reaktionen auf die Vorwürfe: «Mit solchen Katastrophendarstellungen wird auf unqualifizierte Weise versucht, Angst einzuflössen», kontert «Dreifuss-Zwilling» und SMUV-Präsidentin Christiane Brunner. «Es ist ein absoluter Unsinn, mit solchen Horrorszenarien zu operieren», sekundiert SPS-Ständerat Thomas Onken. Auch Bundesrätin Ruth Dreifuss geisselt das Ganze als «Angstmacherei».

Doch beide Seiten tricksen: Die bürgerlichen Parteien blenden bei ihrem Frontalangriff auf die Sozialministerin bewusst einen Teil der Fakten aus. Es ist zudem nicht erst seit gestern klar, dass die AHV künftig zusätzliche Mittel benötigt. Aber es besteht auch kein Grund zum Verharmlosen: In ihrem offenen AHV-Brief lässt Bundesrätin Ruth Dreifuss noch keine klaren Konturen für eine künftige Sicherung der AHV erkennen. Sie verbeisst sich ins Rentenalter für Frauen, derweil ein klares Konzept zur Zukunft der AHV noch nicht ersichtlich ist.

Tatsachen, an denen die Politiker nicht vorbeisehen können

Ob all der hochgehenden Emotionen und Panikmache geht die Sachlichkeit flöten. Genau dies wäre aber erwünscht, denn die Verunsicherung in der Bevölkerung in Sachen sozialer Absicherung ist gross. Bereits Ende Januar erklärten 42 Prozent der Bevölkerung in einer Umfrage der *SonntagsZeitung*, sie hätten Angst, dass AHV und Arbeitslosenversicherung für sie in Zukunft nicht mehr gesichert seien.

Im Streit um die AHV spielt derzeit niemand mit offenen Karten. Doch auch in der AHV-Frage gibt es eine Reihe von Tatsachen, an denen niemand vorbeischauen kann:

- Rentner, die jetzt AHV beziehen, müssen sich vorerst keine Sorgen machen. Bis zum Jahr 2000 übersteigen die Einnahmen die Ausgaben, und das AHV-Kässeli (Reservefonds) wird weiter geäufnet.
- Mehr Sorgen muss sich dagegen die jüngere Generation machen. Im Jahr 2030 kommen auf 100 Erwerbstätige bereits 40 Rentner. Heute sind es erst rund 25. Eine solche Verschiebung kostet Geld.
- Männer erhalten derzeit während 16,5 Jahren AHV-Rente, Frauen durchschnittlich 23,5 Jahre. Doch die Lebenserwartung steigt: In der Vergangenheit jedes

Streit um die AHV

Das sind die Akteure im Kampf um die Sozialversicherung

Wer	Aktivitäten	Wirkung
Sozialministerin Ruth Dreifuss	Hat mit einem offenen Brief zur AHV viel Staub aufgewirbelt. Ist der Ansicht, die AHV stehe auf einem soliden Fundament. Findet, die Erhöhung des Frauenrentenalters auf 64 Jahre in zwei Schritten dränge sich nicht auf.	Wollte mit ihrem Brief der geschürten Angst um die AHV entgegen wirken. War dabei kommunikativ nicht besonders erfolgreich. Legte zuwenig klare Fakten auf den Tisch und hat so ihren Gegnern weitere Angriffsmöglichkeiten eröffnet.
Bundesrat	Hat Kollegin Dreifuss wegen ihres offenen Briefes zur AHV öffentlich gerüffelt, weil er dadurch das Kollegialitätsprinzip in Gefahr sah. Will sich einer Erhöhung des Frauenrentenalters bereits im Rahmen der 10. AHV-Revision nicht widersetzen.	Versuchte der "jungen Kollegin" klar zu machen, dass sie - obwohl einzige Frau im Bundesrat - keine Sonderrechte beanspruchen kann. Brachte damit die in Sachen AHV/Frauen standfeste Bundesrätin nicht aus dem Gleichgewicht.
Bundesamt für Sozialversicherungen/ BSV	BSV-Direktor Walter Seiler profilierte sich als engagierter AHV-Sanierer und votierte für ein allgemeines Rentenalter 67. Schoss mit seinen Äusserungen in den Medien Bundesrätin Dreifuss nach ihrem offenen Brief in den Rücken.	Musste sich nach seinem medialen Auftritt mit seiner Chefin aussprechen. "Bar jeglichen Fingerspitzengefühls" lautete deren Urteil. Wird sich nun trotz bürgerlichem Lob in Sachen AHV eher zurückhalten müssen.
Arbeitgeber/ FDP	Bliesen anfangs Jahr mit der Forderung nach einem Moratorium in der Sozialpolitik zum Sturmangriff. Haben seither immer wieder gewarnt, der Wirtschaft könnten nicht ungestraft immer höhere Sozialkosten aufgebürdet werden.	Sind mit ihrer Moratoriumsforderung auf Grund gelaufen. Setzen auf Angststrategie. Orten urplötzlich Milliardenlöcher bei der AHV. Wollen höheres Rentenalter. Auch FDP-Frauen sind für 64. Wehren sich gegen mehr Lohnprozente für AHV.
CVP/ SVP	Wollen jetzt bereits bei der 10. AHV-Revision mehrheitlich das Rentenalter der Frauen auf 64 Jahre hinaufsetzen. Glauben damit eine wichtige Weichenstellung für die künftige Sanierung der AHV im Rahmen der 11. AHV-Revision zu tun.	Ziehen bei der Angststrategie mit, um ihrem Anliegen zum Durchbruch zu verhelfen. Bürden damit die Mehrkosten der 10. AHV-Revision aber ausschliesslich den Frauen auf. CVP-Frauen versuchen deshalb Gegensteuer zu geben.
SPS/ Gewerkschaften	Wehren sich vehement und emotional gegen den Angriff auf den Sozialstaat. Wollen mit einer Grossdemo auf dem Bundesplatz am nächsten Mittwoch für Druck sorgen. Der CNG hat bereits das Referendum beschlossen.	Haben es bisher nicht geschafft, der Angstkampagne Einhalt zu gebieten. Argumentieren ebenfalls sehr emotional. Werden mit ihrer Demo-Strategie den Ständrat, der über die AHV berät, kaum beeinflussen.

Jahrzehnt um jeweils rund ein Jahr. Das löst jährliche AHV-Mehrkosten von bis zu 7 Prozent aus.

▶Die demographische Entwicklung führt somit dazu, dass immer weniger Arbeitende die Soziallasten von immer mehr Alten mitfinanzieren müssen. Erst nach dem Jahr 2035 wird sich diese Entwicklung stabilisieren.

▶Die umstrittene Erhöhung des Frauenrentenalters von heute 62 auf 64 Jahre bringt bis ins Jahr 2005 Einsparungen von 3,5 Milliarden Franken.

▶Ohne Kurskorrekturen übersteigen die Ausgaben für die AHV ab 2001 die Einnahmen. Mit der vom Volk bereits gutgeheissenen Erhöhung der Mehrwertsteuer um 1 Prozent könnte hier vorerst Gegensteuer gegeben werden, flössen dadurch doch 1,7 Milliarden Franken pro Jahr zusätzlich in die AHV-Kasse.

▶Die Mehreinnahmen werden aber nicht ausreichen. Es braucht mehr. Berechnungen des Bundesamtes für Sozialversicherungen zeigen, dass die finanzielle Lage der AHV ab 2005 kritisch wird.

Fazit: Ohne zusätzliche Einnahmen oder Kurskorrekturen wäre der AHV-Reservefonds von heute 23 Milliarden Franken spätestens im Jahr 2010 geplündert (siehe Grafik). Doch deshalb besteht noch kein Grund zur Panik. Es ist längst allen klar, dass dieser demographisch bedingten Entwicklung in der AHV-Kasse nicht tatenlos zugeschaut werden kann. Auch im Departement Dreifuss weiss man das – wenn auch noch nicht genau wie.

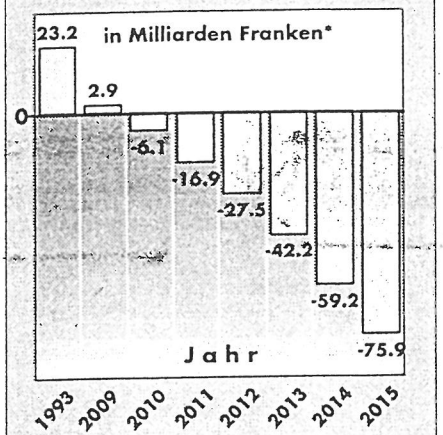
In der Rekordzeit von drei Jahren soll die Revision über der Bühne sein

Es sei für die Sozialministerin immer klar gewesen, dass zügig mit der nächsten AHV-Revision begonnen werden müsse, erklärt Sprecherin Catherine Cossy dazu. Dabei sollen die Frage des Rentenalters und die finanziellen Aspekte geklärt werden. Zur Diskussion stehen zusätzliche Lohnprozente oder zusätzliche Einnahmen mittels Erhöhung der Mehrwertsteuer und durch eine finanzielle Beteiligung der älteren Generation. Beim Rentenalter stellt sich die Frage einer allgemeinen Erhöhung auf 67 Jahre. Gesucht wird auch nach einem System, das einen flexibleren, auf die Bedürfnisse der älteren Menschen zugeschnittenen Altersrücktritt ermöglicht.

Wunschvorstellung im Departement Dreifuss: Die Vorlage zur 11. AHV-Revision soll in der Rekordzeit von drei Jahren erarbeitet und dann ab 2005 wirksam werden. Genau zu diesem Zeitpunkt würde es ohne Gegenmassnahmen mit der AHV-Finanzierung auch langsam kritisch. Doch um dieses Ziel erreichen zu können, braucht es dringend mehr Sachlichkeit. Denn nur wenn sich alle Parteien zusammenraufen, lässt sich der ehrgeizige Zeitplan auch wirklich einhalten.

Mehr Mittel für die AHV nötig

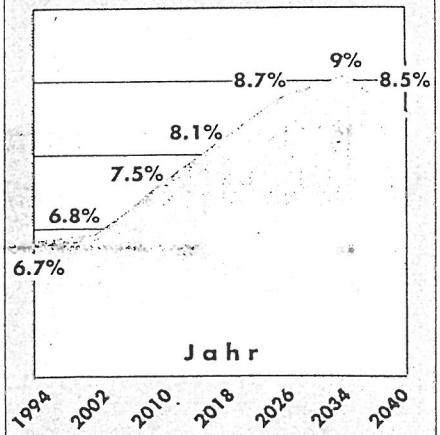
Ab 2010 sind die AHV-Reserven aufgebraucht, wenn keine Gegenmassnahmen ergriffen werden



*Reallohnwachstum von 1% / Rentenalter Frauen stufenweise auf 64 Jahre erhöht

Die Kosten der AHV

Ausgaben der AHV (inkl. Ergänzungsleistungen) in Prozenten des Bruttoinlandproduktes (BIP)



Quelle: Schweizerische Bankgesellschaft